

Neue Note in der Lohndiskussion



Peter Hausammann (Bild: pd)

Gemeinderat Peter Hausammann (Chrapfpe und Hirne) reicht an der nächsten Parlamentssitzung eine Motion zum Thema Stadtratslöhne ein. Er fordert, die Löhne der Exekutive an die des städtischen Personals zu binden.

STEFAN HILZINGER

FRAUENFELD. Wie viel soll das Frauenfelder Stadtoberhaupt verdienen? Sind 250 000 Franken zu viel und 200 000 genug? Zu der Frage hat sich gestern Peter Hausammann, Oberrichter und Gemeinderat der Gruppe Chrapfpe und Hirne (CH), geäußert. Er will mit einer Motion erreichen, dass die Höhe der Besoldung der Stadtregierung an diejenige des städtischen Personals gekoppelt wird.

«Verbindlicher Erlass»

Die effektive Höhe des Lohns steht für Hausammann dabei nicht im Mittelpunkt. Wichtig ist ihm vielmehr, dass die Entlohnung von Stadttammann und Stadträten «endlich auf eine sauber, klare und transparente Grundlage gestellt wird».

Die Besoldung solle nicht länger in einem einfachen und befristeten Beschluss, sondern mit einem unbefristeten und selbständigen Erlass geregelt werden, fordert Hausammann. Dieses Anliegen habe seine Partei bereits 2007 erfolglos zur Sprache gebracht, als letztmals über Besoldung und Stellenprozente der Stadtregierung diskutiert wurde. «An dieser Forderung hat sich seitens CH nichts geändert», sagt Hausammann. Wie schon 2007 wollen CH und der Motionär nichts mehr von der 30jährigen Praxis wissen, wonach der Zahltag des Stadttammanns sich am Lohn des Obergerichtspräsidenten misst.

Zuschläge auf Höchstlohn

Hausammann schlägt in seiner Motion nun vor, als Orientierungspunkt für die Löhne von Stadttammann und nebenamtlichen Stadträten «den aktuell höchsten, tatsächlich bezahlten Bruttolohn eines städtischen Angestellten» zu nehmen. «In einem ersten Schritt wird darauf ein Zuschlag für die Entlohnung der nebenamtlichen Stadträte gerechnet», sagt Hausammann.

Der Lohn des Stadttammanns seinerseits soll dann um einen definierten Prozentsatz höher liegen als – rechnerisch gesehen – der 100-Prozent-Lohn für nebenamtliche Stadträte. Die vier nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte beanspruchen derzeit gemeinsam ein 200-Prozent-Pensum. Die Zuschläge müssten so bemessen sein, «dass sie die jeweilige Führungsverantwortung und die politische Leitungsverantwortung angemessen zum Ausdruck bringen», sagt Hausammann und fügt an: «Was das heisst, wäre dann im Gemeinderat zu klären, wenn der Erlass ausgearbeitet wird.»

CH hätte das Thema Besoldung früher oder später ohnehin aufs Tapet gebracht, sagt Hausammann. «Nachdem der Bund der Steuerzahler nun diese Initiative lanciert hat, scheint mir der Zeitpunkt zum Handeln gekommen zu sein», sagt der Motionär. Er will seine Eingabe an der nächsten Gemeinderatssitzung vom kommenden Mittwoch seinen Ratskolleginnen und -kollegen zur allfälligen Mitunterzeichnung vorlegen lassen und hofft, sein Ansinnen am 3. Oktober mündlich erläutern zu können.

Volksinitiative will Obergrenze

«Motion statt Initiative», sagte Ende vergangener Woche auch der Vorstand der Frauenfelder SVP, die sich vom Ansinnen des Bundes der Steuerzahler (BDS) distanzierte. «200 000 Franken sind genug», ist der Titel der kommunalen Volksinitiative, die der BDS Ende August lancierte. Sie will den Lohn des Stadtmanns auf ebendiesen Betrag beschränken.

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/frauenfeld/tz-ff/Neue-Note-in-der-Lohndiskussion;art123861,3125298>

Copyright © St.Galler Tagblatt AG

Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt Online ist nicht gestattet.